

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: J. Neumann & Fort. S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.
Angekommen 18. Juli, 9 1/2 Uhr Abends.

Wien, 18. Juli. Die „Oesterreichische Zeitung“ enthält ein Telegramm aus Hamburg, nach welchem Graf Moltke und Kammerherr Sieb bestimmt sind, als Bevollmächtigte Dänemarks nach Wien zu gehen. Die Auflösung des Reichsraths in Kopenhagen wird als nächstens bevorstehend angesehen.

Deutschland.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat es passend gefunden, den dänischen Ministerwechsel vor allem als einen Sieg des Königthums über den Parlamentarismus zu feiern und dabei allerlei schielende Vergleichen anzubringen. Ihr ist in der Berliner Presse die genügendste Antwort geworden: „Nikolaus von Rußland hat seinen Staat glücklich durch den Krimkrieg ruinirt — ohne Parlament. Der jetzige Kaiser von Rußland richtet den Staat wieder auf durch große reformatorische Maßnahmen — und gleichfalls ohne Parlament. Oesterreich hat sich durch den italienischen Krieg an den Rand des Abgrundes gebracht — ohne Parlament. Es versucht jetzt wieder seine Aufrichtung unter parlamentarischen Formen. Preußen hat die Dmütz-Epoche über sich ergehen lassen gegen alle Voten seiner damaligen Volksvertretung; und gegenwärtig ist es auf dem Wege, jene Fehler wieder gut zu machen, und zwar unter der sonderbaren Form, daß die Regierung sich dagegen sträubte, das Programm des Abgeordnetenhauses anzunehmen, und doch durch die Ereignisse dahin geführt ist, dieses Programm durchzuführen. Parlamentarismus und Absolutismus sind Staatsformen, die an sich noch keineswegs einen Staatsinhalt verbürgen. Fehler und Gebrechen sind daher unter der Herrschaft der einen Form eben so möglich wie unter der anderen. Das parlamentarische Regime hat nur den großen Vorzug, daß in ihm wenigstens die Fehler der Regierung zur offenen Aussprache kommen, während der Absolutismus diese Aussprache und die richtige Erkenntnis unterdrückt. Wenn sich in einem parlamentarisch regierten Staate ein schwerer Mißgriff des Regiments herausstellt, kann er mindestens dadurch schnell corrigirt werden, daß die Staatsleitung der Partei anvertraut wird, welche den Mißgriff zuerst als solchen erkannt hat.“ Diese Antwort ist bündig und schlagend. Und ferner sagt die „Köln. Ztg.“: Ist denn der Londoner Vertrag, der das Unglück Dänemarks herbeigeführt hat, ein Werk der Demokratie? Oder ist etwa das Kriegsglück eines so kleinen Völkchens gegen die Uebermacht eine Schuld der demokratischen Verfassung? Oder haben etwa das Ministerium Blum und Graf Moltke während ihres früheren Regiments befriedigendere Zustände in Schleswig herzustellen vermocht? Nicht die Grundsätze des abgetretenen nationalen und constitutionellen Ministeriums Monrad tragen die Schuld des blutigen Krieges, sondern in der Verleugung dieser Grundsätze von Seiten Rußlands und der Diplomaten der Reaction's-Politik zu Dmütz und London liegen die giftigen Wurzeln der heurigen Bluternte!

Der Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Thile, hat den Titel eines Wirklichen Geheimen Raths erhalten.

Das Ober-Tribunal hat unterm 25. Mai d. J. verfügt, daß nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 14. September 1844 alle Zoll- und Steuer-Vergehen, also auch Uebertretungen des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824, ausschließlich vor dasjenige Gericht gehören, in dessen Bezirk das Vergehen begangen ist, ohne Rücksicht auf den Wohnort und den persönlichen Gerichtsstand des Angeklagten, und daß diese gesetzliche Specialbestimmung auch durch die neueren generellen Vorschriften des Gesetzes vom 3. Mai 1852 über den Gerichtsstand in Strafsachen nicht aufgehoben ist.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Br. Z.“, daß durch eine Verfügung des Herrn Generaldirectors der Steuern vom 17. Februar 1864 bestimmt ist, daß alle auf Antrag einer Königl. Bankbehörde aufzunehmenden Wechselproteste die Stempelfreiheit genießen sollen.

Stolz, 15. Juli. (Dfz.-Z.) In der am 13. d. Mts. stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wurde ein Schreiben des Herrn Handels-Ministers mitgetheilt, wonach (wie bereits bekannt) die Bahn Belgard-Dirschau ohne Zweigbahn nach hier concessionirt ist, und zwar „in Erwägung, daß die Belgard-Dirschauer Bahn zu sehr im Interesse der von ihr berührten, der Aufhilfe so sehr bedürftigen Landestheile liegt, um ihre Ausführung durch Aufstellen erschwerender Bedingungen scheitern zu machen.“ Wenn in dem Schreiben nun auch schließlich noch die Versicherung ausgesprochen wird, daß die Staatsregierung den Plan einer Verbindung Stolz mit dem paterländischen Eisenbahnnetz nicht aus den Augen lassen werde, so meint doch das „Intelligenzblatt“, die Sache sei vorläufig auf unabsehbare Zeit beseitigt, und jetzt sei es daher Zeit, einen früheren Vorschlag energisch durchzuführen, und zwar sofort ein Comité zu bilden, welches um die Concession des Baues einer Eisenbahn Eßlin-Stolz unter Zinsgarantie bei der Staatsregierung petitionirt. — Auch wurde noch ein Schreiben des Magistrats zu Rügenwalde mitgetheilt, wonach die dortigen städtischen Behörden ein Immediat-Gesuch an den König gerichtet haben, in welchem gebeten wird, daß im Anschluß an die Belgard-Dirschauer Bahn eine Zweigbahn nach Stolz und von hier über Bartin nach Rügenwaldermünde gebaut werde. „Auch dies“, meint das „Intelligenzblatt“, ist dankbar anzuerkennen, hilft jedoch nichts, wenn wir uns jetzt nicht selbst helfen.“

Die 7. Haupt-Versammlung des Vereins deutscher Ingenieure findet in Heidelberg vom 1. bis 7. September d. J. statt. Außer specielleren Fachvorträgen werden

unter anderen folgende Gegenstände allgemeinen Interesses durch betreffende Vorträge eingeleitet und zur Discussion auf die Tagesordnung gebracht werden: die Schulz-Dehli'schen Genossenschaften in ihren Beziehungen zur Industrie, die der Organisation politischer Schulen zu Grunde zu legenden Prinzipien, die Einführung des metrischen Maßsystems etc.

Frankreich.

Dem Marschall Niel ist vor einigen Tagen in Toulouse ein Unfall passiert, welcher die schlimmsten Folgen haben könnte. Er fuhr in seinem Phaeton und leitete selbst die Pferde, als eines derselben stürzte, wodurch der Marschall selbst zur Erde geschleudert wurde; er brach sich bei der Gelegenheit eine Rippe, doch soll sein Zustand durchaus nicht bedenklich sein und ihm nur wenige Tage absoluter Ruhe auferlegen.

Italien.

Man schreibt der „Italie“ aus Neapel, daß der neu-lich an Bord der „Italia“ eingetroffene Contre-Admiral Vacca von seinem einmonatlichen Aufenthalt in Frankreich und über die Aufnahme, die er bei dem Kaiser gefunden, ungemein entzückt ist. Derselbe sagte ihm, wie er erzählt, sehr schmeichelhafte Dinge über den gegenwärtigen Stand der italienischen Marine, die nach dem von dem Kaiser gebrauchten Ausdrucke jetzt die dritte Kriegsmarine Europas ist. Sie sind stark an Panzerschiffen, hätte der Kaiser zu dem italienischen Seemann gesagt, und würden leicht mit der österreichischen Marine fertig werden.

Danzig, den 19. Juli.

* Hinsichtlich der Verzollung der für die diesjährige landwirthschaftliche Ausstellung in Danzig vom Auslande eingehenden Schauegegenstände ist von dem Herrn Provinzial-Steuerdirector hier folgende Verfügung ergangen:

1) Die Befreiung vom Eingangszolle tritt für die zollpflichtigen Gegenstände der vorgedachten Art, welche vom Vereinsauslande zur hiesigen Ausstellung gelangen, nur dann ein, wenn diese Gegenstände nach beendeter Ausstellung wieder nach dem Auslande gebracht werden. Entgegengesetzten Falles muß der Eingangszoll entrichtet werden. 2) Die vom Auslande für die Ausstellung eingehenden Gegenstände sind von den Grenz-Zollämtern, und zwar verpackte Gegenstände ohne Eröffnung, mit einem Begleitschein I. auf das hiesige Haupt-Zollamt abzulassen. 3) Das Haupt-Zollamt hier hat die mit Begleitscheinen I. ankommenden Gegenstände der speciellen Revision zu unterwerfen und die zur Feststellung der Identität erforderlichen Controllen zur Anwendung zu bringen. In letzterer Beziehung ist die Netto-Verwiegung, so wie die Anlegung von Bleien oder Siegeln vorzunehmen, während bei dem eingehenden Vieh eine vollständige Beschreibung ausreichend ist. Landwirthschaftliche Producte, Samereien und dergleichen Gegenstände, bei denen an sich die Festhaltung der Identität unmöglich ist, und welche auch nicht etwa in verschließbaren Gläsern zur Ausstellung gehen, können der zugesandenen Erleichterung nicht theilhaftig, müssen vielmehr zum Eingange verzollt werden. Nach erfolgter Abfertigung werden die Gegenstände, deren Identität festgehalten werden kann, zwar ohne Entrichtung des Eingangszolles zur Ausstellung abgelassen, für den Zoll ist aber eine geeignete Sicherheit zu bestellen. 4) Für die Wiederanfuhr der Ausstellungsgegenstände nach beendeter Ausstellung ist vom hiesigen Haupt-Zollamt eine angemessene Frist vorzuschreiben, nach deren Vergeßlichem Verlaufe der Eingangszoll erhoben wird. Werden die Gegenstände dagegen zum Zwecke der Wiederanfuhr zur Abfertigung vorgeführt, so ist deren Identität durch specielle Revision zu prüfen und wenn sich in dieser Beziehung kein Bedenken ergibt, ein Begleitschein Nr. I. zu ertheilen. Die Grenz-Zollämter und das hiesige Haupt-Zollamt sind mit entsprechender Anweisung versehen worden.“

Die zur Prämierung nachträglich noch ausgesetzten 10 Silberpreise sind im Werthe von je 30, nicht wie in der früheren Mittheilung irrtümlich berichtet wurde, von 10 R.

Marienburg. Unlängst fand Kaufmann Schwager von hier vor den kleinen Affen unter der doppelten Anlage der Majestätsbeleidigung und der Beschädigung von Urwählern. Die Königl. Staatsanwaltschaft beantragte gegen den Angeklagten 6 Monate Gefängnis. Der Sachverhalt, der mit einer ganz besonderen Präcision dargelegt wurde, war, daß der Angeklagte vor den letzten Urwählern mehreren seiner Arbeitsleute eine geringe Summe (einen halben Gulden) gegeben haben sollte, damit sie im Sinne der Fortschrittspartei wählen möchten; hierbei soll der Angeklagte sich einiger Ausdrücke bedient haben, die eine Majestätsbeleidigung enthielten. Jene Urwähler, die jetzt als Zeugen fungirten, nahmen damals das angebotene Geld, wählten aber nicht in dem Sinne ihres Arbeitgebers, sondern stimmten für den Candidaten der conservativen Partei. Als sie mehrere Wochen später aus der Arbeit entlassen wurden, hatten sie nichts Gütigeres zu thun, als der Königl. Staatsanwaltschaft von diesem Vorgange Anzeige zu machen, um sich, wie es offen in der Anlagenschrift hieß, an ihrem früheren Brotherrn zu rächen. Hauptsächlich, weil die Aussage der „Derren Zeugen“ (zum Theil schon bestraft) zu wunderbar übereinstimmend war, obwohl nur Einer im Zimmer und der Andere vor der Thür durch das Schließloch die Worte des Angeklagten gehört haben wollten, und weil nur einzelne Worte und Ausdrücke ohne jeden Zusammenhang von den „Derren Zeugen“ wiedergegeben werden konnten, wurde die Schuld der Majestätsbeleidigung als gehörig erwiesen nicht angesehen und der Angeklagte von diesem Vergehen freigesprochen. Eben so wenig drang die Kgl. Staatsanwaltschaft mit ihrer zweiten Anlage, der der Urwählerbeschädigung, durch, um so mehr, als hier gar keine eigentliche Beschädigung der Urwähler, sondern nur der Versuch, mehrere Urwähler zu einer anderen Meinung zu überzeugen, vorlag, ohne daß dieser Versuch von Erfolg gekrönt war, da die Urwähler, obwohl sie das Geld nahmen, doch nicht in dem gewünschten Sinne, sondern für den Candidaten des conservativen Vereins stimmten. Gegen das freisprechende Urtheil soll die Kgl. Staatsanwaltschaft appellirt haben.

Bromberg. Man ging (wie die „Brz. Ztg.“ mittheilt) hier mit dem Plane um, die Schützengilde mit dem Turnverein zu vereinigen, und zwar in der Art, daß die selbstständigen Mitglieder des Turnvereins als ordentliche, die an-

deren als außerordentliche Mitglieder in die Gilde eintreten sollten. Die Gilde sollte dann zwei Abtheilungen bilden: Schützen und Turner, mit gemeinschaftlichem Vorstand für Ordnung der allgemeinen Angelegenheiten, und besonderen Vorstehern für jede Abtheilung. Die außerordentlichen Mitglieder sollten ihr Stimmrecht in der besonderen Abtheilung behalten, in der vereinigten Generalversammlung sollte dagegen das Stimmrecht den ordentlichen Mitgliedern verbleiben. Man hoffte durch diesen Plan zweierlei zu erreichen: einerseits der Schützengilde frisches Blut und junge Kräfte zuzuführen, andererseits den Turnern für alle Zeiten ein Obdach und Vermöge der Corporationsrechte der Schützengilde, in deren Genuß sie eintreten sollten, eine nicht leicht anzutastende Stellung zu sichern. Es hätte außerdem die Vereinigung sofort das Signal zur Erweiterung und Verschönerung des jetzigen Schützenhauses gegeben. Aus diesem Plane, der Manches für sich hat, ist indeß Nichts geworden. Die Schützengilde war bereit, darauf einzugehen, der Turnverein, der immer noch auf die Erbauung einer Turnhalle Seitens der Stadt hofft, lehnte den Vorschlag ab, allerdings nur mit geringer Majorität. Die Opponenten waren die jüngeren Mitglieder.

Bermischtes.

Eßlin, 15. Juli. (Eßl. Ztg.) Heute früh passirte eine Straßen-Lokomotive mit eigener Kraft unsere Stadt vom Bahnhofe aus, um nach ihrem Bestimmungsorte Stolz zu laufen. Die Lokomotive ist in der Maschinenbauanstalt „Vulcan“ in Stettin erbaut, kostet 4000 R., hat 10 Pferde-kraft und wiegt circa 200 Ctr. Der größte Theil dieses Gewichtes ruht auf den beiden Treibrädern, die durch diese Belastung und durch ihre große Felgenreite so viel Reibung auf dem Boden erzeugen, daß durch ihre Drehung nicht allein die ganze Maschine fortbewegt wird, sondern auch noch bedeutende Lasten in angehängten Wagen mit fortgezogen werden können. Die Drehung dieser Räder wird durch eine Dampfmaschine, die sich oben auf dem Kessel befindet, durch Räder und Kette bewirkt. Das Steuern oder Lenken der Lokomotive geschieht durch Stellung der Vorderachse. Die Maschine ist bestimmt 6 Wagen mit circa 4000 Ctr. in einer Stunde eine Meile fortzuschaffen, und ist über diese Leistungsfähigkeit kein Zweifel. Die Maschine ist sehr sinnreich constructirt und sehr solide und sauber ausgeführt. Wie wir hören, will der Besitzer, Herr Daegelow in Stolz dieselbe zu Holztransporten zwischen Saviat und Stolz münde und abwechselnd auch als Lokomobile zum Betrieb einer Schneidmühle benutzen.

[Schwerwiegende Zahlen.] Ein Frankfurter Blatt bringt Erwägungen über das deutsche Volk und seine Regierungen, denen wir folgende interessante Notizen entnehmen: Während die Engländer für ihr Weltreich 12–14 Minister, die Franzosen 13, die Italiener 9 Minister unterhalten, wird das deutsche Volk von 150 Ministern verwaltet. England braucht zur Aufrechterhaltung seines Einflusses nur 36 Gesandte, die 1,234,285 R. kosten; Frankreich ist etwas luxuriöser und unterhält 43 Gesandte mit einem Kostenaufwande von 2,857,143 R.; beide stehen aber beschränkt vor Deutschland da, das nicht weniger als 200 Gesandte nebst einer noch größeren Anzahl von Geschäftsträgern, Attachés, Secretären etc. hat. Das Frankfurter Blatt bemerkt dazu: Das Merkwürdigste bei unsern deutschen Gesandtschaften ist, daß, während alle andern Staaten ihre Gesandten durchweg ins Ausland schicken, wir dieselben zum größten Theil daheim behalten, denn von unsern 200 Gesandten sind nur 67 im Auslande, die übrigen sämtlich innerhalb Deutschlands beschäftigt. Zu dem Beamtenthume bemerkt das Frankfurter Blatt: England hatte im Jahre 1835 nur 23,578 Civilbeamte, für die es ungefähr 19,000,000 R. verausgabte; das Königreich Preußen dagegen erhält 51,600 Civilbeamte mit einem Kostenaufwande von 12 1/4 Mill. R., Oesterreich zählt gar 70,000 Beamte, und Bayern muß für diesen Zweck 6 1/2 Mill. R. aufbringen, während die Schweiz dafür nur 1 Mill. R. braucht. Mit der Einrichtung dieses letzteren Staates würde Bayern für seine Beamten nur 2 Mill. R. auszugeben haben, Preußen nicht mehr als 7 1/2 Mill. R. statt der obengenannten Summe und ganz Deutschland mit Oesterreich zusammen 31 1/4 Mill. R.

[Der höchste Thurm.] Bis jetzt war Straßburg stolz darauf, an seinem Münster den höchsten Thurm Europa's und der Welt zu besitzen, indem die Höhe desselben 449 Fuß beträgt, während die Höhe des ihm zunächst gekommenen Stephansthurmes in Wien nur 439 Fuß betrug. Nun aber wird Wien aufgeführt: Stephansturm wird bekanntlich um 15 Fuß höher gegen früher werden, folglich 454 Fuß maßen und somit den Straßburger um 5 Fuß überragen.

Schiffsnachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Liverpool, 10. Juli: Admiral Kanaris (S.D.), Bay.

Angekommen von Danzig: In Harlingen, 10. Juli: Jonge Pieter, Colle; — Heilina Jacoba, Haverblut; — Anna Malene, Andersen; — 11. Juli: Doris, Wellem; — Siffo, Jonker; — in Ostmahorn, 12. Juli: Dieverdina Alida Pott, Meyering; — in Hull, 12. Juli: Jacobus, Koning.

Verantwortlicher Redacteur H. Richter in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. K a f e m a n n,